

II. Die sichere und saubere Stadt

Köln hat viele Seiten, die die Stadt attraktiv und lebenswert machen. Köln hat aber auch Schattenseiten: Dazu gehören mangelnde Sicherheit und ungenügende Sauberkeit. Köln hat den unrühmlichen Ruf, Hauptstadt der Taschendiebe, Wohnungseinbrüche und Autoaufbrüche zu sein. So wird in Köln viermal häufiger in Wohnungen eingebrochen als in München. Zählt man in München im Jahr rund 1.500 Autoaufbrüche, so sind es in Köln über 10.000.

Auch die Straßenkriminalität ist in Köln auf einem hohen Niveau. Vermehrt sind davon ältere Menschen betroffen, die beispielsweise am Tage Opfer von Raubdelikten werden. Aber auch Kinder und Jugendliche werden vermehrt unter Gewaltanwendung beraubt. Gleichzeitig hat Köln mit 45 % die schlechteste Aufklärungsquote von Kriminaldelikten in deutschen Großstädten.

Wir Kölner Liberale setzen uns für Freiheitsrechte und den Schutz des Eigentums ein. Diese hohen Kriminalitätsraten – verbunden mit der geringen Aufklärungsrate von Straftaten – verletzen das Recht auf persönliche Freiheitsentfaltung bei körperlicher Unversehrtheit und das Recht auf Eigentum, ob man nun jung ist oder alt, ob man nun mehr oder weniger besitzt. Zwar ist die Strafverfolgung Sache der Polizei und des Landes NRW, aber Kriminalitätsprävention ist Angelegenheit der Kommune. Hier macht sich die FDP stark für mehr Engagement der Stadt Köln.

Eine andere Schattenseite ist, dass Köln als dreckig und unaufgeräumt gilt – und das nicht bei Kölnerinnen und Kölnern, sondern auch bei den Gästen der Stadt. Ob nun in der City oder in den Veedeln: Fast jeder kennt gleich mehrere Schmutzdecken in Köln, in denen teils wochenlang Müll herumliegt. Aber auch vergessene Bauverkehrsschilder, kaputte Straßenlaternen, beschädigte Blumenkübel, verdreckte und beschmierte Unterführungen, stinkende öffentliche Aufzüge, unsanierte Fußgängerbrücken und ungepflegte Parkanlagen verschandeln das Stadtbild. Köln ist vieles, aber sicher nicht gepflegt. Dieser lieblose Umgang mit der Stadt muss nach Meinung der FDP aufhören: Wir möchten ein sauberes Köln und ein gepflegtes Stadtbild.

Das braucht Köln: Sich sicher fühlen – ohne Angsträume!

- Für uns Liberale gilt der Grundsatz: Die Menschen in Köln sollen sich sicher fühlen. Sie brauchen nicht nur Freiheit und die Chance zur Entfaltung, sondern auch konsequenten Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Belästigung. Dies umfasst Sicherheit in der Wohnung und im Wohnumfeld, auf den Straßen und Plätzen der Stadt, an Haltestellen, auf Bahnhöfen inklusive der Unterführungen, in Parks und auch am Arbeitsplatz.
- Kriminalitätsbekämpfung ist eine originäre Aufgabe der Polizei, die der NRW-Landesregierung untersteht – Prävention aber kann die Stadt Köln leisten.

Jeder Bürger kann es tagtäglich mit eigenen Augen sehen: Unüberlegte Stadtplanung und die Vernachlässigung öffentlicher Areale schaffen Angsträume und lassen damit viele Kriminalitätsschwerpunkte erst entstehen. Köln hat von diesen Orten viel zu viele – und sollte sie beseitigen. Nur eine effektive Prävention, Zivilcourage und angemessene Polizeipräsenz sind wirksame Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung. Das städtische Ordnungsamt als Stadtpolizei kann dabei aber nicht die eigentliche Polizei ersetzen, die über die nötige Professionalität und Ausbildung für die Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt. Eine flächendeckende Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen halten wir als Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung für ungeeignet, da jeder Bürger unter Generalverdacht gestellt wird und ohne entsprechende Polizeipräsenz auch eine flächendeckende Videoüberwachung keine Verbrechen verhindern kann. Wir lehnen sie daher als unnötige Beschränkung der Freiheit ab.

- Manche Haltestellen wirken bei Dunkelheit angsteinflößend und laden nicht gerade zum Aussteigen ein. Fehlende Beleuchtung und unübersichtliches Gebüsch vermitteln Fahrgästen ein Gefühl der Unsicherheit. In Kooperation mit der KVB ist ein Beleuchtungs- und Sichtkonzept zu erarbeiten, das die Zuwege zu den Haltestellen sicherer macht.
- Wir brauchen in Köln eine Bestandsaufnahme von Unterführungen und Gehwegen – vor allem in Wohnquartieren, in denen es an Beleuchtungen fehlt. Oftmals reichen ein bis zwei Straßenlaternen, um das Problem zu beheben. Die Beseitigung von dunklen Ecken im öffentlichen Raum sollte bei der Stadtplanung Priorität erhalten.

Das braucht Köln: Sich sicher fühlen in Bus und Bahn!

- Gerade in den Abend- und Nachtstunden besteht ein höheres Sicherheitsbedürfnis sowohl bei den Fahrgästen als auch beim Personal in Bus und Bahn. Auf Initiative der FDP sind alle KVB-Busse mit einer Videoüberwachung ausgestattet worden – bei zugleich strengen Datenschutzbestimmungen (beispielsweise Löschen des Bildmaterials nach 48 Stunden). Wir befürworten auch die Wiedereinführung von Straßenbahnschaffnern, wenigstens in den Abend- und Nachtstunden auf vielbefahrenen Strecken.

Das braucht Köln: Sich sicher fühlen – auch in Stadtvierteln mit Sicherheitsproblemen!

- In Köln gibt es Straßenzüge und Stadtviertel mit großen Sicherheitslücken. Die Gründe dafür mögen vielschichtig sein, Hauptgrund aber ist, dass sich weder

die Ratsmehrheit von SPD und Grünen noch die Stadtplanung diesen Gegenden annehmen.

Stadtviertel mit Sicherheitsproblemen zeichnen sich oftmals durch physischen Verfall aus. Dies führt dort zu einem stetigen Anstieg von Kriminalität oder inakzeptablen Verhalten.

Allein mit sozialpolitischen Instrumenten wie Jugendzentren, Beratungsstellen oder Streetworkern ist diesen Vierteln nicht zu helfen. Wir wollen darum einen ganzheitlichen Ansatz für diese Stadtviertel, der dem Verfall entgegentritt, der mit Verschmutzungen, Graffiti und Vermüllung aufräumt und der ein soziales Klima erzeugt, in dem Ordnung und Normvertrauen wieder hergestellt sind, sodass sich niemand mehr unsicher fühlen muss.

Neben dem Masterplan für die Innenstadt, der sich um die „schönen“ Seiten Kölns kümmert, wollen wir einen städtebaulichen Aktionsplan initiieren, der auch die anderen Stadtviertel baulich aufwertet. Öffentliche Gebäude wie Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und Begegnungsstätten sind zu sanieren, Straßen und Gehwege wieder herzurichten, Grünanlagen anzulegen und zu pflegen. Köln hat 86 Veedel, von denen jedes einzelne städtische Aufmerksamkeit verdient hat.

In den Stadtvierteln mit Sicherheitsproblemen muss der öffentliche Raum oftmals zurückerobert werden. Dafür benötigen diese Orte besondere städtische Fürsorge. Straßenreinigung und Müllbeseitigung müssen dort stringenter erfolgen, damit zuvor verwahrloste und verschmutzte Örtlichkeiten zeitnah aufgeräumt und gereinigt werden. Graffitis an Häusern sollten möglichst binnen eines Tages beseitigt sein, damit kein Sprayer auch auf die Idee kommt, „hier kümmert’s keinen“.

Das braucht Köln: Entlastung der Polizei durch Ausbau des Kölner Ordnungsdienstes!

- Die Kölner Polizistinnen und Polizisten machen einen guten Job, sie haben aber aufgrund Personalmangel und Aufgabenüberlastung die Grenze des Leistbaren erreicht. Die Stadt kann und muss den Polizeidienst unterstützen und entlasten – bei Aufgaben, die nicht originäre Aufgabe der Polizei sind.

Die Partnerschaft zwischen Polizei und städtischem Ordnungsdienst ist darum weiter auszubauen. Dies ist umso dringlicher, da der Kölner Polizeipräsident ankündigte, sich zukünftig verstärkt auf die polizeilichen Kernaufgaben Strafverfolgung und Gefahrenabwehr zu konzentrieren und bei anderen Aufgaben auf die Kooperation mit Partnern, wie die Stadt Köln, zu setzen.

Die Stadt ist darum aufgefordert, mit ihrem städtischen Ordnungsdienst die sichtbare Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum zu steigern. Der

gemeinsame Streifendienst von Polizei und städtischen Ordnungsdienst ist deshalb auf alle Stadtteile und auf den ÖPNV auszudehnen.

Dafür wollen wir in Köln den städtischen Ordnungsdienst zu einer Stadtpolizei ausbauen. Für die kommunale Ordnungspolizei ist eine sogenannte Corporate Identity (gemeinsame Identität) zu entwickeln, die sich durch die Vorgaben "Höflichkeit, Professionalität, Respekt" auszeichnet.

- Die Kölner FDP will, dass der von der Stadt Köln und ihrem Oberbürgermeister am 11.10.2007 geschlossene und bis zum 31.12.2010 befristete Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Köln und dem Polizeipräsidium Köln zur Verbesserung der Sicherheit in Köln neu aufgelegt wird. Dafür ist dem Rat der Stadt Köln ein Erfahrungsbericht über die Zusammenarbeit vorzulegen. Darin ist darzustellen, in welchen Handlungsfeldern des Kooperationsvertrages die Zusammenarbeit vollzogen wurde und in welchen Handlungsfeldern die Zusammenarbeit noch intensiviert werden muss.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kölner Sicherheitskonferenz mit Stadt, Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz zur Vorbereitung eines gemeinsamen und abgestimmten Handelns wieder eingeführt wird, um einer Negativentwicklung in der Kriminalitätsbekämpfung vorzubeugen. Vorschlag für die ersten Schwerpunktthemen der Sicherheitskonferenz: Der in Köln verstärkt beobachtete bandenmäßige Autodiebstahl sowie die Gewalt auf den Kölner Ringen.
- Wir Kölner Liberale wollen auch das unter dem Dach der Ordnungspartnerschaft „Sicheres Köln“ entwickeltem Projekt „Gewaltprävention an Schulen“ weiterführen. Die Stadt ist aufgefordert, sich beim Polizeipräsidenten dafür einzusetzen, dass auch in der neuen Zielsetzung „Orientierung 2020: Polizei Köln – Vertrauen in Sicherheit“ das Projekt „Gewaltprävention an Schulen“ Bestandteil der strategischen Ausrichtung bleibt.
- Auf Initiative der FDP-Ratsfraktion wurde in Köln das „Haus des Jugendrechts“ eingerichtet: Eine abgestimmte Intervention von Polizei, Justiz und Jugendhilfe soll möglichst frühzeitig der Entstehung krimineller „Karrieren“ bei Jugendlichen und Heranwachsenden entgegenwirken. Diese in NRW einzigartige Einrichtung zur Betreuung jugendlicher Intensivstraftäter ist zu erhalten und auszubauen.
- Die derzeitigen in Köln arbeitenden Streetworker leisten mit ihrer pädagogischen Kompetenz hervorragende präventive Arbeit bei auffälligen Jugendlichen und Heranwachsenden. Die FDP Köln schlägt daher einen Ausbau der Kölner Streetworker-Arbeit vor.

Das braucht Köln: Mehr Sauberkeit!

- Die Kölner Abfallwirtschaftbetriebe (AWB) reinigen nur die öffentlich zugänglichen Grünflächen und Kinderspielplätze der Stadt, in den Sommermonaten in der Regel einmal wöchentlich. Die FDP findet, Kölns Grünflächen und Kinderspielplätze brauchen viel mehr Pflege, und möchte die Reinigungsintervalle darum verkürzen.
- Die Reinigung der Kölner Straßen, öffentliche Plätze und Gehwege ist unserer Meinung nach unbefriedigend und darum zu intensivieren.
- Gerade nach Wochenenden und nach Feiertagen bestimmen Dreck und Unrat mehrere Tage lang das Stadtbild. Manche Ecken im Stadtraum scheinen gar nicht gereinigt zu werden. Köln braucht darum eine zeitnahe und intensivere Stadtreinigung. Köln braucht Reinigungskolonnen, die nachts und am Wochenende unterwegs sind – wie in anderen Großstädten auch.
- Die Wände und Decken städtischer Unterführungen und Tunnel lässt die Stadt Köln – wenn überhaupt – höchstens alle zwei Jahre reinigen. Die FDP findet, dass sich dieser sträfliche Umgang mit öffentlichem Raum ändern muss. Wir wollen eine jährliche Reinigung der Wände und Decken aller städtischen Unterführungen und Tunnel. Dies führt nicht nur zu einem saubereren Erscheinungsbild, sondern erhöht auch die Verkehrssicherheit durch mehr Helligkeit.
- Für ein saubereres Erscheinungsbild der Stadt müssen die Deutsche Bahn, der Landesbetrieb Straßen NRW, die Stadt Köln und die KVB zusammenarbeiten. Nur so sind die Betriebsflächen der Bahnen sowie die Landes- und Bundesstraßen in Köln besser sauber zu halten. Dabei hat die FDP vor allem die Bahnunterführungen und Bahnbrücken im Blick. Hier gibt es für gemeinsame, abgestimmte Reinigungsaktionen dringenden Handlungsbedarf. Bisher scheiterte eine Zusammenarbeit der beiden Institutionen – Bahn und Straßen NRW – mit der Stadt an „Sicherheitsvorschriften“ und an der Finanzierung von mehr Sauberkeit. Für die Deutsche Bahn und den Landesbetrieb Straßen NRW hat der Betrieb grundsätzlich Vorrang vor der Sauberkeit. Beide Gründe gegen eine Zusammenarbeit für mehr Sauberkeit in Köln sind ein Ärgernis und nicht zu akzeptieren. Die Kölner Liberalen wollen darum, dass die Führung der Stadt mit Land und Bund in Verhandlungen tritt, um eine Zusammenarbeit für mehr Sauberkeit zu ermöglichen.
- Beim Thema Sauberkeit muss die Stadt als Vorbild bei ihren Schulen und städtischen Gebäuden vorgehen. Wenn sie aber Reinigungsintervalle aus Spargründen verlängert, tut sie genau das Gegenteil. Fensterflächen an Verwaltungsgebäuden nur noch von außen zu putzen, zeigt, dass die jetzige

Stadtführung das Thema Sauberkeit vernachlässigt. Aber auch die immer wieder eingeschränkte Reinigung an Schulen ist ein schlechtes Vorbild für unsere Kinder und Jugendliche, um das Thema Sauberkeit ernst zu nehmen. Wir fordern darum die Stadt auf, ihre Reinigungsaktivitäten an und im Umfeld von städtischen Gebäuden und Liegenschaften endlich zu intensivieren. Dies betrifft sowohl die Platzpflege als auch die konsequente Beseitigung von Schmierereien an den Fassaden, vor allem an Schulen. Die Reinigungsintervalle an Schulen sind wieder zu erhöhen und die Fensterflächen von städtischen Gebäuden sind wieder nach allgemeiner Gepflogenheit außen und innen zu reinigen.

- Zur Verbesserung des Stadtbildes wurden – auf Initiative der FDP und gemeinsam mit anderen Ratsfraktionen – zur Pflege und Unterhaltung der städtischen Grünflächen 50 neue Stellen geschaffen. Diese Kräfte sollten in der sogenannten Basispflege arbeiten, sich also intensiv um die städtischen Grasflächen kümmern und den regelmäßigen Schnitt von Sträuchern und Gehölzen gewährleisten, um so für ein gepflegtes Erscheinungsbild der städtischen Anlagen zu sorgen. Nach zwei Jahren wurden diese Stellen und damit die intensive Pflege der städtischen Grünanlage wieder abgeschafft. Das Ergebnis sind wieder ungepflegte städtische Grünanlagen. Wir halten diesen Umgang mit dem öffentlichen Erscheinungsbild unserer Stadt für falsch und rufschädigend und treten für die Wiedereinführung der intensiven Grünpflege ein. Dabei setzen wir liberale darauf ehrenamtliches Engagement im Rahmen von Veedelinitiativen oder Patenschaften etc.
- Die Stadt Köln hat die Bußgelder für das Wegwerfen von Flaschen, Dosen und Papier auf öffentlichen Straßen und Plätzen genauso erhöht wie für das Wegwerfen von Zigarettenkippen und Kaugummis. Doch ohne Kontrolle verpufft das Instrument gegen Verschmutzung des öffentlichen Stadtbildes. Darum will die FDP den Ermittlungsdienst im Amt für öffentliche Ordnung aufstocken. Die zusätzlichen Mitarbeiter sollen die Ahndung von Verstößen unterstützen und Menschen, die gedankenlos ihren Müll auf die Straße oder Plätze werfen, mit Verwarngeldern belegen. Aber auch erappte „Wildpinkler“ sollen von den Ordnungskräften entsprechend zur Kasse gebeten werden.
- Die Stadt hat sich mit mehreren Unternehmen wie der Deutschen Bahn und der KVB zur Kölner Anti-Spray-Aktion (KASA) zusammengeschlossen, die gemeldete Graffitis und Schmierereien unverzüglich wieder entfernt. Die Arbeit der KASA ist weiter auszubauen, indem die städtische Gebäudewirtschaft mit ihren Kölner Schulen aufgenommen werden soll. Mit einer Werbekampagne sollen weitere private Unternehmen, wie z.B. Parkhausbetreiber zum Mitmachen bewegt werden.
- Ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen lehnen wir ab.

- Alle bisher von der Verwaltung eingesetzten Mittel haben Köln bis heute nicht vom Taubendreck befreit. Daher will die FDP ein neues Konzept umsetzen, das die Tiere schützt, die Bürgerinnen und Bürger einbindet und die Taubenpopulation mit artenschutzgerechten Mitteln reduziert. Der Einsatz von trainierten Raubvögeln zu Abschreckungs- und Vertreibungszwecken wird dabei ausdrücklich begrüßt.